

lung: Welche teils immensen Steuernachzahlungen oder rechtlichen Probleme erwachsen den betroffenen Kunsthändlern aus ihrer rückwirkenden Belastung, die sich aus rechtsstaatlichen Gründen eigentlich verbietet, im Dezember Verengungen vorzunehmen, nachdem Leute aufgrund der Bundesgesetzgebung bereits ein Jahr lang anders gehandelt haben?

**Dr. Norbert Walter-Borjans**, Finanzminister: Herr Witzel, von Ihnen wird unterstellt, dass es nur eine Bundesgesetzgebung gab, die den Eindruck erweckt hat, die Pauschalmarge gelte jetzt für alles, dass es keine Diskussionen gegeben hat und dass einem Internen, sozusagen einem Insider in der Galeristszene nicht bekannt war, dass diese Diskussion bestanden hat.

Ich habe eben gesagt, die Anfrage des Bundesfinanzministeriums an die Kommission stammt bereits aus dem Jahr 2012. Es gab eine Antwort, und es gab Diskussionen. Somit war klar, dass nur eine enge Auslegung zulässig zu sein scheint, und deswegen kann sich niemand darauf berufen, dass er erst Ende 2014 erfahren habe, dass etwas anders sei. Demjenigen muss man sagen, dass er ein Stück weit gespielt hat und gesagt hat: Ich gehe einmal davon aus, und wenn es dann anders kommt, dann muss ich eben sagen, dass ihr mich alle überrascht habt. – Diesen Vorwurf kann ich niemandem ersparen.

Sollte es dazu führen, dass jemand in seiner Existenz belastet wird, wissen Sie wie ich, dass es Möglichkeiten gibt, die Zahlung zu strecken. Aber jetzt kann keiner sagen: Es war vorher völlig rechtssicher anders dargestellt. Es gab kein Risiko.

Sie fragen mich doch jedes Mal, ob nicht bei Dingen, die möglich sind, auch die richtigen Rückstellungen bzw. Rücklagen gebildet worden sind. Dazu kann ich nur sagen: Jemand, der sich ein Jahr lang vor dem Hintergrund dieser Diskussion darauf verlässt, dass es eine Pauschale gibt wie in Frankreich, von der klar war, dass deren Anwendung in Deutschland schwierig sein wird, der hat einen Fehler gemacht.

Ich sage es trotzdem noch einmal: Für all das, was wir versucht haben zu bewegen, haben wir keine Mehrheit gefunden. Wir werden in dieser Richtung aber auch weiter unterwegs sein. Es geht vor allen Dingen darum, dass die Europäische Kommission uns rechtssicher sagt, ob wir die französische Regelung anwenden können oder nicht.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke**: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Anfragen liegen mir nicht vor. Damit ist die **Fragestunde** des heutigen Tages **erledigt**.

Ich rufe auf:

## 11 Zweites Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften (Ökologisches Jagdgesetz)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/7383

Änderungsantrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8544

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8545

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Drucksache 16/8465

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/8561

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8562

zweite Lesung

In Verbindung mit:

## Entwurf einer Verordnung über die Jagdzeiten (Landesjagdzeitenverordnung – LJZeitVO)

Antrag  
des Ministeriums für Klimaschutz,  
Umwelt, Landwirtschaft,  
Natur- und Verbraucherschutz  
Vorlage 16/2500

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/8546

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses  
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Drucksache 16/8466

Wir kommen zur Aussprache, die ich eröffne. Als erstem Redner erteile ich für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Meesters das Wort.

**Norbert Meesters** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Meine Rede

zur Einbringung des Jagdgesetzes im letzten Dezember endete mit den Worten: Ich gehe davon aus, es wird weitere Änderungen im nun begonnenen Gesetzgebungsverfahren geben. Ich stelle hier und heute fest: Wir haben unser Versprechen gehalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt diese Änderungen,

(Zurufe von der CDU und der FDP)

und das ist kein Kleinkram, das ist nicht geringfügig. Das sind durchaus wesentliche und wichtige Änderungen. Dass Sie, die Opposition, dies leugnen, das wundert uns nicht. Das ist Ihr politisches Geschäft, wobei ich schon ein wenig erstaunt darüber bin, wie Sie es schaffen, die Vielfalt der Meinungen im öffentlichen Raum, auch im ländlichen Raum zu diesem Gesetzentwurf völlig zu ignorieren. Sie zeigen lediglich reflexartiges Verhalten – so kennen wir das. Besonders Herr Busen hat da besonders starke Reflexe. Das werden wir gleich wahrscheinlich wieder hören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Dass aber der Landesjagdverband mit seiner Spitze jede dieser von Ihnen geforderten Änderungen zwar zur Kenntnis nimmt, aber mit unveränderter Kampfeslust alle erreichten Anpassungen und Änderungen kleinredet, das finde ich sehr schade. Er redet damit den eigenen Erfolg klein.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe letztes einen schönen Satz gelesen: Ein Gespräch setzt voraus, dass der andere recht haben könnte. Das gilt immer für beide Gesprächspartner. Wer also einen Dialog eingeht, sollte auch Kompromisse akzeptieren. In unserer Demokratie ist das tägliche Geschäft. Deshalb wollen wir als SPD den begonnenen Dialog in jeglichen jagdlichen Fragen auf Landesebene und auch vor Ort intensiv fortsetzen. Denn wir wollen das Gesetz beobachten, evaluieren, und dazu ist uns die Meinung und die Kompetenz der Jägerschaft wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gesetz reagiert auf Veränderungen in der Gesellschaft. In vielen Mails, die ich seit Wochen bekomme, heißt es: Schafft die Jagd ab! Das ist eine sehr extreme Forderung,

(Karlheinz Busen [FDP]: Macht das doch!)

aber diese Mails machen deutlich, dass viele Menschen heute eine große Distanz zum Jagdwesen entwickelt haben. Und diese Menschen leben nicht nur im urbanen, sondern auch im ländlichen Raum. Ich habe meinen Wahlkreis im ländlichen Raum, und ich weiß, wovon ich da rede. Land und Leute stellen sich eben viel differenzierter dar, als Sie es hier darstellen. Und dieser gesellschaftlichen Ent-

wicklung müssen sich Politik und Jäger gleichermaßen stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen gute Argumente haben, um deutlich zu machen: Ja, wir brauchen die Jagd, wenn wir die Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft mit Flora und Fauna erhalten und verbessern wollen. Hier erfüllen Jägerinnen und Jäger wichtige Aufgaben. Diese Leistungen erkennen wir auch ausdrücklich an.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber 2015 macht man das anders als 1985 oder 1955. Deshalb müssen wir hier modernisieren. Herr Busen, Sie als FDP-Mitglied wissen doch am besten, was passiert, wenn man eine solche Modernisierung verpasst.

(Zurufe von der FDP: Aah!)

Wir haben beim 15-Punkte-Katalog des Landesjagdverbandes – ja, das hören Sie nicht gerne, es ist aber so; darauf hat Herr Lindner heute Morgen noch hingewiesen –

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

in den öffentlichen Veranstaltungen immer offen und ehrlich gesagt, wo wir noch Klärungs- oder Nachbesserungsbedarf haben.

(Zurufe von der FDP)

Genau da haben wir – da können Sie noch so laut rufen – auch Änderungen herbeigeführt. Wir haben erstens den Katalog der jagdbaren Arten erweitert und im Gesetz geregelt. Wir haben zweitens die Jagdsteuer nicht wieder eingeführt. Wir haben drittens die Aushöhlung des Reviersystems durch das Befriedungsrecht juristischer Personen herausgenommen.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben Sikawildverbreitungsgebiete. Sie gibt es wieder in Beverungen und im Arnsberger Wald. Wir haben wieder die Fütterung in Notzeiten für Schwarzwild. Wir haben das Aufnahmerecht von Federwild für jedermann gestrichen. Wir haben die Landesvereinigung für Jäger so geregelt, dass wir dort stärkere Maßstäbe anlegen. Beim Verbot der Baujagd gibt es vereinfachte Ausnahmeregelungen für bestimmte Gebietskulissen in Kunstbauten. Neuntens haben wir die Ausbildung an einer lebenden Flugente mit 30 Monaten Monitoring versehen. Für neun von 15 Punkten haben wir Lösungen gefunden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da, wo wir nichts geändert haben, sahen wir auch keinen Änderungsbedarf, weil wir Ihre Kritik nicht teilen, zum Beispiel bei den Schutzgebieten oder weil sie schon Bestandteil eines vorangegangenen Kompromisses waren wie bei der Fangjagd oder

der Kirmung, die beide auch nicht abgeschafft werden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir ein modernes, praktikables Jagdgesetz für den ländlichen Raum in seiner Vielfalt der Menschen und Meinungen hiermit vorlegen.

Es ist ein wichtiger Schritt für mehr Waldschutz, mehr Artenschutz, mehr Tierschutz und mehr Beteiligung und trägt somit zur höheren gesellschaftlichen Akzeptanz der Jagd in Nordrhein-Westfalen bei.

Das haben wir in unserem Entschließungsantrag, der Ihnen vorliegt, auch bekräftigt.

Die SPD-Fraktion wird diesem überarbeiteten Gesetzentwurf zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. Jetzt sind Sie schon den weiten Weg zu Ihrem Platz zurückgegangen, aber ich darf Sie trotzdem bitten, zurückzukommen.

(Der Abgeordnete kommt zurück zum Redepult. – Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

– Sie sind ja auch schon unterwegs. Jetzt sind Sie nach dem Sonderapplaus so freundlich und lauschen der Kurzintervention von Frau Kollegin Schulze Föcking, die für 90 Sekunden das Wort erhält.

**Christina Schulze Föcking (CDU):** Herr Meesters, dass Sie schnell flüchten wollen, kann ich in diesem Fall sogar verstehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sagen, die Kompetenz der Jägerschaft sei Ihnen wichtig. Ich glaube Ihnen kein Wort!

(Beifall von der CDU)

Sie haben auch schon andere Dinge behauptet: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. – Das haben wir sowohl von Ihnen als auch vom Minister und anderen Akteuren in den vergangenen Wochen immer wieder gehört. Aber was allein in den letzten sieben Tagen hier im Haus passiert ist, hat weder etwas mit Gründlichkeit geschweige denn mit einem ordentlichen parlamentarischen Verfahren zu tun.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau vor einer Woche, letzten Mittwoch im Ausschuss, haben Sie, Herr Meesters, erklärt, Sie könnten uns Ihre Änderungsvorschläge nicht mitteilen, Sie könnten sie nicht mit uns diskutieren, weil Sie

diese noch nicht in Ihrer Fraktion verabschiedet haben.

(Norbert Meesters [SPD]: Stimmt!)

Wörtlich haben Sie gesagt: Sie kennen das doch, Frau Schulze Föcking, wie das ist in parlamentarischen Verfahren. Wir sprechen erst einmal in der Fraktion darüber. – Wörtlich!

(Jochen Ott [SPD]: Was ist daran falsch? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Herr Ott, Politik wird mit dem Kopf gemacht und nicht mit dem Kehlkopf. Von daher beruhigen Sie sich!

(Beifall von der CDU)

Herr Meesters, nur zwei Tage später, am Freitag, pünktlich für die Wochenendausgabe der Zeitung gehen Sie einträchtig mit den Grünen ohne jegliche Fraktionssitzung vor die Presse

(Zurufe von der CDU: Aha! Hört, hört! Unerhört!)

und erläutern genau das, was Sie uns Parlamentariern vorher versagt haben.

(Zuruf von der FDP: Unverschämt!)

Das heißt, Sie haben uns im Ausschuss schlichtweg belogen. Belogen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Genau das, was Sie der Presse erklärt haben, hätten Sie mit uns im Ausschuss besprechen müssen ...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Frau Kollegin!

**Christina Schulze Föcking (CDU):** ... und nicht nur mit der Presse. Ich nenne das ganz klar pure Arroganz der Macht und Verweigern des Parlaments!

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Jetzt hat Herr Meesters für 90 Sekunden das Wort.

**Norbert Meesters (SPD):** Liebe Frau Schulze Föcking, ich schätze Sie ja sehr als Diskussionspartnerin. Es ist nur etwas anstrengend, wenn Sie die Dinge so verdrehen, wie Sie es jetzt gerade getan haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Lachen und Zuruf von Christina Schulze Föcking [CDU])

Was meine Wertschätzung der Kompetenz der Jäger und Jägerinnen angeht, brauche ich mir von Ihnen nichts erzählen zu lassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sämtliche Regionalkonferenzen habe ich besucht. Ich bin in vielen Hegeringen, in Kreisjägerschaften gewesen und habe mit den Jägerinnen und Jägern vor Ort diskutiert, um mich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen.

(Christina Schulze Föcking [CDU]: Im Parlament?!)

– Wenn Sie Fragen stellen, müssen Sie auch die Antwort abwarten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Christina Schulze Föcking [CDU]: Ich habe keine Frage gestellt!)

Sonst ist es eine reine Showveranstaltung.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Wer schweigt, kann hören.

(Weiterer Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie wissen doch selber ganz genau, wie das ist. Wenn man in der Fraktion einen Änderungsantrag noch nicht diskutiert hat, kann man ihn im Ausschuss nicht beschließen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Man kann sehr wohl öffentlich vorstellen, was man der Fraktion vorschlagen wird.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber nicht im Plenum!? Albern! Schämen Sie sich!)

Ich gehe das Risiko ein, dass sie das nicht tut. Man kann das öffentlich, sobald es vorliegt, vorzeigen. Aber man kann es nicht im Ausschuss beraten und beschließen. Das wissen Sie ganz genau.

(Beifall von der SPD – Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU] und Christina Schulze Föcking [CDU])

Dann will ich Ihnen noch einen Punkt sagen, weil Sie ja doch sehr pharisäerhaft argumentieren.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie werfen uns ja auch vor, dass wir das vorzeitig hier in das Plenum gebracht hätten. Das ist aber mit Ihrem Einverständnis geschehen. Auch das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im Ältestenrat ist die Tagesordnung doch gemeinsam beschlossen worden. Das machen wir doch nicht alleine.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Sie müssen jetzt bitte zum Schluss kommen.

(Zurufe)

**Norbert Meesters (SPD):** Es ist ja schwierig. Ich kann mich ja nicht verständlich machen.

Auch habe ich Ihnen im Ausschuss angeboten, Sie können doch eine Sondersitzung beantragen. Das haben Sie verweigert, weil es Ihnen nur auf den Konflikt ankommt und nicht um die Lösung der Probleme geht.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank. – Soweit die Kurzintervention und die Antwort darauf. Wir schreiten fort in der Debatte, indem ich jetzt für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Deppe das Wort erteile. Bitte.

**Rainer Deppe (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Meesters, Sie können doch hier reden, wie Sie wollen,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

und die Dinge verdrehen. Aber eines ist doch wohl klar. Das Verfahren, das Sie hier mit diesem Gesetz praktiziert haben, ist kein ordentliches Verfahren,

(Beifall von der CDU und der FDP)

sondern das ist die alte Arroganz der Macht, die die Roten und Grünen hier in diesem Land praktizieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was ist denn aus den großspurigen Versprechungen der SPD – der Kollege sitzt ja neben Ihnen – vom 18. März geworden? Es werde kein ökologisches Jagdgesetz geben, sondern ein modernes, hat er hier vom Lkw erklärt. Daraus ist nichts, rein gar nichts geworden.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Deppe, würden Sie eine Zwischenfrage vom Herrn Kollegen Herter zulassen?

**Rainer Deppe (CDU):** Gerne. Bitte, Herr Herter.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Bitte schön.

**Marc Herter (SPD):** Herr Kollege Deppe, herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da Sie jetzt zum wiederholten Mal – so wie auch Frau Schulze Föcking – auf das Verfahren hinweisen, möchte ich Sie gerne fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass die CDU-Fraktion die Behandlung dieses Gesetzentwurfs in zweiter Lesung heute hier im Plenum im Ältestenrat mitgetragen hat. Ist Ihnen das bekannt, oder ist Ihnen das nicht bekannt?

**Rainer Deppe** (CDU): Lieber Herr Kollege Herter, ich habe fünf Jahre – nicht in dieser Wahlperiode, sondern in der vorletzten Wahlperiode – dem Ältestenrat angehört und weiß noch sehr genau, wie die Verfahrensregeln sind. Dort ist es ganz klar: Die Tagesordnung wird von der Präsidentin aufgestellt, und damit ist die Sache erledigt. – Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall von der CDU – Marc Herter [SPD]: Das ist einfach falsch! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dann will ich Ihnen noch etwas dazu sagen.

(Marc Herter [SPD]: So geht das doch nicht!)

– Herr Herter, vielleicht hören Sie einmal zu. – Im Ausschuss hat mein Kollege Wirtz Ihnen angeboten, zwischen der Fraktionssitzung der SPD und der heutigen Beratung noch eine Sondersitzung des Ausschusses zu machen. Wir wollten Ihnen eine Brücke bauen. So war die Formulierung. Da meldete sich Ihr Koalitionspartner und sagte: Sie wollen uns eine Brücke bauen? Die werden wir nicht betreten. – Das ist doch die Wahrheit. Da müssen Sie schon früher aufstehen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt will ich aber etwas zu Ihren dollen Ankündigungen sagen. Von denen ist ja nicht viel geblieben.

(Norbert Meesters [SPD]: Doch, neun Stück! Neun von 15!)

Deutlicher kann man doch nicht machen – das werden sich die Leute in der größten Stadt unseres Landes auch merken, denke ich einmal –, wie wenig die Ankündigungen des SPD-Oberbürgermeisterkandidaten aus Köln wert sind, nämlich gar nichts.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wie heißt denn der CDU-Kandidat?)

Herr Ott, fragen Sie doch einmal die 15.000 Bauern, die Waldbesitzer, die Jäger, die Naturschützer, die Fischer, die Waidgenossen! Fragen Sie vielleicht einmal Herrn Bürgermeister Jacobi, ob er für diese minimalen Änderungen, die Sie heute hier wortreich beschrieben haben, vor den Landtag gezogen ist und hier demonstriert hat. Mit Sicherheit nicht!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sagen: Wald vor Wild. Wir sagen: Wald und Wild. Für uns gehört beides zusammen. Vor allem brauchen die Menschen vor Ort keinen Oberschlaumeier aus der Landesregierung, der ihnen erklärt, wie man vor Ort seinen Wald oder sein Wild zu pflegen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie reden von mehr Tierschutz. – Ehrlich gemeinter Tierschutz braucht ausgebildete Jagdhunde, taugli-

che Munition und eine flächendeckende Tierseuchenbekämpfung. Mit diesem Gesetz werden Sie aber weniger Tierschutz haben.

Sie reden von Artenvielfalt. – Die Zeche dieses vermurksten Gesetzes, meine Damen und Herren, zahlen Hasen, Fasane, Rebhühner, Feldlerchen, Kiebitze, Sikahirsche und das Muffelwild. Das ist nicht mehr, sondern weniger Artenschutz.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norbert Meesters [SPD]: Blödsinn!)

Für die CDU stehen Hege und Waidgerechtigkeit im Vordergrund. Bei uns steht das ganz vorne.

(Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE]: Definieren Sie das doch einmal!)

In Ihrem Gesetz kommen diese Worte gar nicht vor. Sie zeichnen das Zerrbild der schießwütigen Jäger – wider besseres Wissen.

(Norbert Meesters [SPD]: Wo steht das denn?)

Sie verschweigen, dass Jäger sich um alle Tiere, die dem Jagdrecht unterliegen, kümmern, sie hegen, Biotope anlegen und ihren Bestand dokumentieren, auch wenn die Arten keine Jagdzeit haben oder gar ganzjährig geschützt sind. Es gibt keinen besseren Schutz für eine Tierart als die Aufnahme in die Liste der jagdbaren Arten. Deshalb gehören eher mehr Arten in das Jagdrecht als weniger.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen eines: Landwirte, Förster, Jäger, Fischer – alle haben eine Ausbildung. Alle haben Prüfungen abgelegt. Diese Leute kennen die Zusammenhänge in der Natur. Sie wissen, was sie tun haben – im Gegensatz zu Ihnen.

Ich rufe diesen Menschen zu, die unsere Debatte sicher auch im Stream verfolgen: Sie machen das gut! Wir sind froh, dass es Sie gibt – im Gegensatz zu dieser Landesregierung! Es gibt kein anderes Land, in dem die Jagd besser organisiert ist und in dem wir artenreichere Wildbestände haben als hier bei uns in Deutschland.

Die Jäger haben unsere Unterstützung verdient und nicht eine Landesregierung, die in Wirklichkeit nur ein Ziel verfolgt – neue Vorschriften, neue Verbote, mehr Demokratie, nein, mehr Bürokratie,

(Lachen von der SPD – Norbert Meesters [SPD]: Anders war es richtig! – Marc Herter [SPD]: Freud!)

damit die Jäger möglichst bald ihre Flinte ins Korn werfen.

Meine Damen und Herren, das Jagdgesetz ist erst der Anfang. Naturschutzgesetz, Waldgesetz, Wassergesetz – alles ist schon angekündigt. Die Beserwisserei und die ideologische Gängelei gehen weiter. Wir haben es gesehen: Die Menschen im

ländlichen Raum von Nordrhein-Westfalen lassen sich das von Ihnen nicht mehr gefallen. Das ist auch gut so.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben 86 Änderungsanträge gestellt. Bei uns zählt nicht Ideologie, sondern naturwissenschaftliche Erkenntnis.

(Lachen von der SPD und den GRÜNEN)

Wir setzen auf den Verstand der Menschen im ländlichen Raum. Das unterscheidet uns von Ihnen. Wenn Sie ein modernes Jagdrecht haben wollen, Herr Ott, dann stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit Ihrem sogenannten ökologischen Jagdgesetz betreiben Sie reine Ideologie.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Ende, Herr Kollege.

**Rainer Deppe (CDU):** Sie haben nur ein Ziel: Sie wollen Jäger, Bauern, Waldeigentümer zu Feinden des Natur- und Artenschutzes erklären.

Wir spalten nicht die Gesellschaft, sondern rufen den Menschen zu: Wir brauchen die Jagd; denn jeder ordentliche Jäger ist ein echter Schützer unserer Natur. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Bitte bleiben Sie auch noch hier vorne. Frau Kollegin Beer hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet und erhält dazu das Wort. Bitte, Frau Beer.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Danke schön, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege Deppe, ich stimme Ihnen in einem Punkt zu. Sie haben gerade davon gesprochen, dass diese Landesregierung und diese regierungstragenden Fraktionen für mehr Demokratie im Land sorgen. Ja, das tun wir.

(Lachen von der CDU)

Das ist der erste Punkt.

Das Zweite. Wir erleben hier heute zum zweiten Mal eine unwürdige Inszenierung. Ich will das einmal auf den Punkt bringen. Sie müssten eigentlich, wenn Sie fünf Jahre im Ältestenrat gesessen haben, sehr genau wissen, wie das Prozedere ist.

Das heißt, die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen setzen sich zusammen, und wir machen einen Tagesordnungsvorschlag. Da hat der geschätzte Kollege Lienenkämper zugestimmt. Im Ältesten-

rat gab es noch nicht einmal eine Intervention seitens der CDU zu dieser Tagesordnung. So ist es gewesen. Das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Was aus Ihrer Reaktion, aus Ihrer Rede hier insgesamt spricht, ist doch eher der Phantomschmerz, dass Sie nicht vier weitere Wochen diese unwürdige Inszenierung im Land mitmachen können, die Sie in dem langen Zeitraum der Beratung zum ökologischen und modernen Jagdgesetz hier im Land dargeboten haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal die Widersprüchlichkeiten aufführen. Wir haben es heute Morgen schon beim RVR-Gesetz erlebt. Da gibt es eine Zustimmung zum gemeinsamen Gesetzentwurf, und gleichzeitig gibt es eine Freigabe nach dem Motto: Ihr im ländlichen Raum könnt dagegen stimmen; macht vor Ort Bambule. So ist die Inszenierung, die wir hier von der CDU erleben.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Das ist unaufrichtig und unwürdig. So geht es nicht. Das müssen wir dann parlamentarisch miteinander besprechen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Christof Rasche [FDP]: Völlig neue Spielregeln!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Deppe mit seiner Antwort. Bitte schön.

**Rainer Deppe (CDU):** Sehr geehrte Frau Beer! Das „liebe“ will ich mir einmal verkneifen.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es geht in diesen Gremien ... Ich könnte noch schöne Geschichten von den gesetzlichen Bekenntnisschulen erzählen, wie Sie da mit den Leuten umgegangen sind.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dazu gibt es schöne Reden von Ihnen, und in Wahrheit stehen Sie da und sagen: Soll ich Ihnen mal meine Munition zeigen, welche Möglichkeiten wir haben und welche nicht? – Das ist doch die Realität. Jetzt kommen Sie doch nicht mit solchen Geschichten an.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Marc Herter [SPD])

Dann will ich noch einmal etwas zum Abstimmungsverhalten sagen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD] – Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Es mag ja bei Ihnen so sein, dass, wenn Herr Römer und Herr Herter oder Sie, Frau Beer, die Hand hochheben, alle ebenfalls die Hand heben. Bei der CDU gibt es selbstbewusste freie Abgeordnete; die sind nach ihrem Mandat den Bürgern verpflichtet.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD –  
Ministerin Barbara Steffens: Tää!)

Ich habe übrigens für das RVR-Gesetz und für die Resolution gestimmt, weil es meine Meinung ist. Aber es gibt auch Kollegen, die natürlich eine andere Meinung haben; die dürfen die auch selbstverständlich kundtun. Bei Ihnen geht das offenbar nicht.

(Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] und  
Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE])

Jetzt will ich aber etwas zum Jagdgesetz sagen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Sie können uns doch nicht allen Ernstes erzählen, dass man ein so ausführliches Gesetz ohne Ausschussberatung hier durchbringt.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit, Herr Kollege.

**Rainer Deppe** (CDU): Sie haben gegen jegliche Übung den Termin der Anhörung hier erzwungen, bevor das Gesetz in der ersten Lesung überhaupt beraten wurde. Zeigen Sie mir, wo das ansonsten noch passiert ist.

(Zuruf von Christina Schulze Föcking [CDU])

Dann war die Anhörung. Es kommt die nächste Ausschusssitzung, und da stellen Ihre beiden Fraktionen den Antrag: heute keine Beratung, machen wir später. Dann kommt die Beratung, und Sie sagen: Unsere Änderungen kennen wir, die sagen wir Ihnen aber nicht. – Und das ist ein ordentliches Verfahren?! Heute Morgen waren sie endlich online verfügbar.

Ich glaube, die Menschen in der Öffentlichkeit wissen ganz genau, was Sinn und Zweck der Sache ist. Das Gesetz wird nicht fachlich diskutiert, es wird durchgepeitscht. Sie haben die Konsequenz zu tragen. Der ländliche Raum wird Sie auf jeden Fall nicht mehr wählen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf  
von Norbert Meesters [SPD])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Soweit Kurzintervention und die Antwort darauf. – Jetzt erteile ich als nächstem Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Kollegen Rüsse das Wort.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

**Norwich Rüsse** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann als Allererstes sagen: Ich freue mich, dass wir heute hier im Landtag dieses neue Jagdrecht für Nordrhein-Westfalen verabschieden werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall  
von der SPD)

Wir verabschieden damit ein Jagdrecht, das unser Bundesland auf die Höhe der Zeit bringt.

(Zuruf von der SPD: Oh!)

Eines steht für meine Fraktion fest: Mit dem Gesetz tragen wir den geänderten fachlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der  
CDU)

An der Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätte ich eigentlich fast den Beifall der CDU-Fraktion erwartet, denn der letzte Satz war ein Zitat von Frank Kupfer. Das ist der zuständige sächsische CDU-Staatsminister, der in Sachsen 2012 ein Jagdrecht gemacht hat.

Damit wird eines klar: Nordrhein-Westfalen beschreitet keinen Sonderweg, wie Sie uns seit Monaten erzählen wollen, sondern wir befinden uns in guter Gesellschaft mit Bundesländern wie Rheinland-Pfalz, dem Saarland und eben auch Sachsen.

Meine Damen und Herren, im Kern geht es jetzt darum, dass wir mit diesem Gesetz die Interessen der Jagd mit denen des Waldbaus, des Tierschutzes und des Naturschutzes in Einklang bringen. SPD und Grüne haben in den letzten Wochen noch einmal intensiv darüber beraten, ob und an welchen Stellen wir Anregungen aufnehmen und Punkte verändern. Wir sind – das kann ich sagen – den Jägerinnen und Jägern bei ihrem Hauptkritikpunkt, der Jagdsteuer, ganz weit entgegengekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben bestimmte Konkretisierungen bei der Baujagd vorgenommen. Wir haben – auch das ist ein Vertrauensvorschuss, den wir geben – das Verbreitungsgebiet Sikawild im Arnsberger Wald jetzt doch wieder ausgewiesen. Das ist ein erheblicher Vertrauensvorschuss, den wir geben.

Wir haben aber auch zwei Konkretisierungen gemacht, die zeigen, dass wir nicht in eine Richtung allein gegangen sind. Wir haben die verpflichtenden Hageschauen – auch gern Trophäenschauen genannt – abgeschafft – sie sind aus dem Gesetz gestrichen worden –, und wir haben die Aufbewahrungspflicht bei Rotwild nicht nur auf das männliche, sondern auch auf das weibliche Stück ausgedehnt.

Damit haben wir alles in allem noch einmal Änderungen vorgenommen – Sie sehen es in unserem

Änderungsantrag –, die gut begründet sind und die das Gesetz präzisieren und nach vorn verbessern.

Die Änderungen – es wird ja gerne vergessen, dass auch der Minister schon Änderungen, Verbesserungen an seiner damaligen Kabinettsvorlage vorgenommen hat –, die wir heute veranlassen, sind ein klarer Nachweis dafür, dass gute Argumente von uns aufgenommen worden sind, dass sie gehört worden sind und in das Gesetz Eingang gefunden haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Position als CDU- und als FDP-Fraktion – und das sage ich Ihnen ganz deutlich – war – das habe ich auf jeder Regionalkonferenz, in allen Diskussionen erfahren dürfen – von Anfang an in Stein gemeißelt. Sie haben überhaupt kein Interesse gehabt, mit uns fachlich über dieses Gesetz zu diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde es im Fall der FDP auch akzeptabel, weil Sie in den meisten Bundesländern sowieso schon APO sind. Sie haben doch nichts zu verantworten.

Im Falle der CDU verstehe ich das, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Ich finde, dass Sie, was Jagdpolitik angeht – wenn ich das aus Sicht der Jäger beurteilen würde –, eigentlich mit uns in einem Glashaus sitzen. Wie diskutieren Sie als CDU insgesamt in einer Bundesarbeitsgemeinschaft noch Jagdpolitik, wenn Sie als CDU in Sachsen in der Lage sind, Dinge zu machen, die ich auch sofort unterschreiben kann? Sie haben dort beim Pachtrecht Einschränkungen vorgenommen. Sie haben als CDU das Vegetationsgutachten, das wir auch vorsehen, dort in ähnlicher Form auch im Jagdrecht verankert. Zu den Totschlagfallen, die Sie hier immer heiß diskutiert haben, für die niemand in der Bevölkerung Verständnis hat, haben Sie gesagt, dass Sie das nicht wollen. Sie haben in Sachsen – hört, hört – ein quasi Abschussverbot für Hunde verabschiedet.

Da frage ich mich: Wenn Sie das in Sachsen alles richtig und gut fanden, warum machen Sie dann hier in Nordrhein-Westfalen bei unseren Änderungen, die ähnlicher Natur sind, eigentlich so einen Max und sagen, das sei alles Teufelszeug?

Meiner Meinung nach ist das am Ende nur der Beweis dafür, dass Sie – und da haben wir die Verknüpfung zur Energiedebatte von heute Morgen – politisch überhaupt keinen Kompass mehr haben. Es geht Ihnen nur darum, dass Sie am Ende populistisch Punkte sammeln wollen. Darum geht es Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben sich einer wirklichen fachlichen Auseinandersetzung verweigert.

(Karlheinz Busen [FDP]: Dazu kommen wir gleich noch!)

Sie haben sich insgesamt zum Sprachrohr des Landesjagdverbandes machen lassen, Sie haben alle Punkte übernommen. Das finde ich enttäuschend.

(Beifall von den GRÜNEN und von Norbert Meesters [SPD])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Ende.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Sie haben das gemacht, um im ländlichen Raum zu punkten. Ich sage Ihnen, ganz so einfach ist das auch da nicht. Auch im ländlichen Raum leben Tier- und Naturschützer.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Auch Jäger sind Tierschützer!)

Sie haben mit Ihrer starren Haltung viele Minuspunkte gesammelt. Ich hätte bei der Heftigkeit der Debatten, die es zum Teil gab – Worte wie Ermächtigungsgesetz, Ökofaschisten und Ähnliches sind da gefallen –, von Ihnen erwartet, dass Sie mäßigend auf die Jäger einwirken und

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der Regierungsbank)

sagen: So geht es nicht. Wir haben eine politische Debattenkultur in diesem Bundesland, und da gibt es eine Grenze, die nicht zu überschreiten ist. – Sie hätte da eine Menge tun können.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Ich komme zum Schluss.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Jetzt bitte!

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Wir hatten einen langen Prozess. Ich bin froh, dass wir heute endlich dieses Gesetz verabschieden können.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, ich darf Sie letztmalig bitten, zum Schluss zu kommen.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Wir haben dann ein Gesetz, durch das Nordrhein-Westfalen an die Spitze der Bundesländer jagdpolitisch kommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. Bleiben Sie bitte vorne. Wir ha-

ben eine Kurzintervention aus der CDU-Fraktion, und zwar von Herrn Kollegen Ortgies. Er bekommt jetzt für 90 Sekunden das Wort.

**Friedhelm Ortgies** (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Rüße, zu Beginn möchte ich Ihnen meine Anerkennung aussprechen, wie Sie es geschafft haben, fast alle Forderungen der Grünen gegen Ihren Koalitionspartner, gegen die SPD, durchzusetzen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe mich schon im Ausschuss bisweilen gewundert, wie Sie so ganz nach Gutdünken Ausschusstermine, Anhörungen verschoben, verkürzt haben. Immer gerade so, wie es Ihnen passte, wurden wir da vorgeführt. Sie haben auch Ihren Koalitionspartner am Nasenring durch den Landtag gezogen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das alles hat mit Billigung der Fraktionsspitze, mit Billigung der Ministerpräsidentin, die ja sogar ein Gespräch mit den Jägern abgelehnt hat, stattgefunden. Manchmal, Herr Meesters, taten Sie mir sogar schon fast leid. Man darf eben keine Versprechungen machen, die man nicht halten kann.

Schon zu Anfang der Debatte um das Jagdgesetz habe ich allen Beteiligten vorausgesagt: Passt auf, die Sozialdemokraten haben im Hause Rimmel überhaupt keinen Zutritt. – Und so ist es auch gekommen. Herr Rüße, Sie haben Zugeständnisse verkündet wie die Nichtwiedereinführung der Jagdsteuer, die Beibehaltung des Reviersystems. Und der Höhepunkt des Ganzen ist: Die Waldschnepfe kommt wieder auf die Liste der jagdbaren Arten – und gleichzeitig stellen Sie sie natürlich ganzjährig unter Schutz!

(Lachen von der CDU)

Sie haben das alles hineingeschrieben, damit Sie etwas zum Streichen haben. Ich sage Ihnen: Der Berg kreiße, Herr Rüße, und gebar keine Maus, sondern eine Waldschnepfe.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist keine Realsatire mehr, sondern das ist eine Verhöhnung der Jäger und der Menschen im ländlichen Raum. Sie haben monate- und jahrelang so getan...

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Friedhelm Ortgies** (CDU): An einigen Regionalversammlungen habe ich teilgenommen und gehört, was Sie dort alles versprochen haben. Die Menschen im ländlichen Raum werden Ihnen das auch

in den nächsten zwei Jahren nicht vergessen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Jetzt hat der Kollege Rüße das Wort. Bitte schön.

**Norwich Rüße** (GRÜNE): Lieber Herr Ortgies. Ich fange hinten an. Es fällt mir immer schwer, von den Menschen zu sprechen, so wie Sie es tun. Es gibt ganz unterschiedliche Menschen. Es gibt Menschen in ländlichen Räumen, in städtischen Räumen. Ich sage Ihnen nur eins. Ich habe viele Zuschriften von Menschen bekommen, die sehr erleichtert waren, dass wir gerade mit Blick auf den Tierschutz im Jagdrecht einiges verändern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da bin ich an einer Stelle, da will ich auch nicht, dass Sie ständig versuchen, irgendeinen Keil zwischen Stadt und Land zu treiben. Das ist großer Blödsinn. Da können Sie meines Erachtens diese Trennlinie nicht ziehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dann sage ich Ihnen etwas zum Binnenverhältnis zwischen Herrn Meesters und mir. Ich denke, dass es von sehr großer Kollegialität geprägt war, dass wir viele Dinge gemeinsam diskutiert haben. Ich kann nur sagen, was Sie jagdpolitisch in den Veranstaltungen vorgetragen haben, war der Stand des Jahres 1980. Wir haben uns bemüht, das Jagdrecht nach vorne in das Jahr 2015 weiterzuentwickeln. Dann tut es mir für Sie leid, dass da der Konflikt zwischen SPD und Grünen an der Stelle nicht da ist, so wie Sie es gerne hätten.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Meesters [SPD])

Wir haben gemeinsam ein modernes Jagdrecht entwickelt. Und darauf sind wir auch gemeinsam stolz. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Soweit die Kurzintervention mit der darauf folgenden Entgegnung. – Für die FDP-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Kollegen Busen das Wort.

**Karlheinz Busen**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörer! Jetzt wissen wir ja, wie das angeblich neue ökologische Jagdgesetz aussehen soll. Im Umweltausschuss waren der Minister genauso wie SPD und Grüne zu feige, die ohnehin nur minimalen Änderungen zu diskutieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist eine absolute Unverschämtheit.

(Norbert Meesters [SPD]: Das haben wir schon richtiggestellt!)

Aber das ist auch nachvollziehbar, weil die SPD ihre vollmundigen Versprechungen gegenüber der Jägerschaft, nämlich noch erhebliche Änderungen vorzunehmen, nicht einhalten konnte.

(Norbert Meesters [SPD]: Das habe ich doch schon richtiggestellt!)

Jetzt ist das Gesetz so schlecht, dass es im Schweinsgalopp durch den Landtag gepeitscht werden muss. Es ist schon gesagt worden: Das ist die pure Arroganz der Macht.

Sie sind in die Regierung gestartet mit den Zielen, Betroffene zu Beteiligten machen zu wollen. Jetzt düpieren Sie den gesamten ländlichen Raum unseres Bundeslandes mit einem lediglich ideologisch begründeten Jagdgesetz.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auf die Bürger, Experten und Praktiker haben Sie nicht gehört.

Meine Damen und Herren, was ist nun wirklich das Ergebnis des zähen Ringens um das neue angeblich ökologische Jagdgesetz? – Das kann ich Ihnen sagen! Auf das Endergebnis kommt es gar nicht mehr an. Dass die Jagdsteuer nun doch nicht kommt, ist schön, hat aber mit Jagd an sich nichts zu tun.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie ist nur ein Feigenblatt, das notdürftig verdecken soll, was in den letzten Monaten geschehen ist: Die rot-grüne Landesregierung hat völlig unabhängig von kleinen Änderungen an dem unsäglichen Gesetzentwurf die jahrzehntelange vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Jägern und Jägerinnen aufgekündigt!

(Beifall von der FDP und der CDU)

SPD und Grüne, namentlich der grüne Umweltminister Rimmel, haben mit einer in dieser Form einmaligen Kampagne Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, unbescholtene gesetzestreue Mitbürgerinnen und Mitbürger, Menschen, die zum Teil seit Jahrzehnten täglich ehrenamtlich für den Tier- und Naturschutz unterwegs sind, die zuverlässig staatliche Gesetze und Verordnungen und Abschusspläne erfüllen, öffentlich an den Pranger gestellt.

(Beifall von der FDP und der CDU – Norbert Meesters [SPD]: Das kann man auch andersherum betrachten, Herr Busen!)

Das ist das Ergebnis der Auseinandersetzung der letzten Monate, Herr Meesters. Es geht doch gar nicht um eine Tierart mehr oder weniger im Katalog der jagdbaren Tierarten. Es geht um den Umgang mit den Menschen,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Oh ja!)

den Umgang mit Lebenswirklichkeiten, den Umgang mit dem gesamten ländlichen Raum.

Sie haben die Schmähungen der Jägerinnen und Jäger im Internet, die Anfeindungen durch radikale Tierrechtler, die Kampagne gegen Jäger als angebliche Katzenmörder nicht nur ins Rollen gebracht, sondern noch gefördert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Proteste im Lande waren deshalb so laut und kräftig,

(Norbert Meesters [SPD]: Wissen Sie eigentlich, was Sie da reden?)

weil die rot-grüne Landesregierung Land und Leute verraten und im Stich gelassen hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Noch nie sind 15.000 Menschen auf eigene Faust zu einer Demo vor den Landtag gekommen, um für eine Herzensangelegenheit zu demonstrieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das zeigt, wie groß die Empörung im ländlichen Raum ist.

Meine Damen und Herren, der Landesregierung fehlt der Respekt vor der Leistung der Jägerinnen und Jäger und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Verantwortung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Noch nie wurde eine Gruppe, die sich ehrenamtlich einsetzt, von offizieller Seite so mit Füßen getreten. Das ist typische Politik der Grünen: Bevormundung, Besserwisserei, Verbote!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die schöne Farbe Grün haben Sie von den Grünen nicht verdient. Grün ist die Farbe der Jägerschaft, und die spricht für echten Naturschutz und nicht für eine Ideologie!

Schade, dass es heute soweit kommen muss. Das ist ein trauriger Tag für die Natur, für den Tier- und Artenschutz in unserem Land. Das neue Jagdgesetz widerspricht dem Tierschutz, widerspricht dem Naturschutz, und es wird sich zeigen, dass es erheblich zur Verminderung der Artenvielfalt beitragen wird.

Vielleicht erinnert sich noch der eine oder andere SPD-Abgeordnete an die großen Versprechen, die in den letzten Monaten gemacht wurden. Vielleicht stimmen Sie dann gegen das Gesetz.

(Zurufe von der SPD)

Danach sollten Sie sich, Herr Minister, mit der grünen Fraktion draußen bei den Jägerinnen und Jägern für die Diffamierungen, für die falschen Be-

hauptungen bei der Diskussion über dieses Gesetz entschuldigen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Busen. Ich darf auch Sie bitten, ans Rednerpult zurückzukehren; denn Herr Kollege Priggen hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet und bekommt jetzt für 90 Sekunden das Wort. Bitte, Herr Kollege.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident, herzlichen Dank. – Herr Kollege Busen, Sie sind, soweit ich weiß, aktiver Jäger.

(Karlheinz Busen [FDP]: Ja!)

Ich habe die Frage, weil ich das nicht verstehe, warum Sie unbedingt darauf bestehen, bestimmte tierquälische Praktiken im Gesetz beizubehalten. Warum ist es Ihnen so wichtig, Hauskatzen zu schießen, 10.000 Stück im Jahr? Das ist aus meiner Sicht nicht verständlich. Das Gesetz beendet das jetzt. Warum ist Ihnen das so wichtig?

Eine zweite Frage:

(Zurufe)

– Ich gebe eine Stellungnahme ab, weil ich Sie nicht verstehe. Sie können antworten, Sie müssen es aber nicht tun, aber ich will es doch klar sagen.

Warum bestehen Sie darauf, weiterhin Schlagfallen einzusetzen, in die Tiere kommen und elendig verrecken? Das verbieten wir zum Glück mit dem Gesetz.

Warum bestehen Sie auf der Baujagd, bei der Sie in einen Bau, wo der Fuchs lebt, einen Hund hineinhetzen? Die verbeißen sich und gehen elendig zugrunde. Warum müssen diese Praktiken sein?

Und warum macht es Ihnen eine solche Freude, auf Enten, denen man die Flügel fesselt, Hunde loszulassen? Das Tier hat Todesangst, und Sie bilden damit die Hunde aus.

Warum müssen diese Praktiken für Sie sein? Warum können Sie nicht akzeptieren, dass das heute gesellschaftlich nicht mehr gewünscht wird und man ein Gesetz entsprechend ändert?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege Busen hat jetzt 90 Sekunden Zeit für seine Antwort. Bitte, Herr Kollege.

**Karlheinz Busen<sup>\*)</sup> (FDP):** Lieber Herr Kollege Priggen, in der Jägerschaft finden keine tierquälischen Aktionen statt. Die Totschlagfallen sind absolut sicher. Wenn es keine Fallenjagd und keine Bejagung

der Prädatoren gäbe, gäbe es keine Bodenbrüter, keine Singvögel, keine Feldlerchen.

(Beifall von der FDP)

Das ist der Grund, warum die Fallenjagd wichtig ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jagd hat mit Tierquälerei überhaupt nichts zu tun.

Sie spielen auf die Ente an. Es ist wissenschaftlich erwiesen worden, wenn die Ente mit gestutzten Flügeln über das Wasser schwimmt und vom Hund verfolgt wird, erlebt sie nicht mehr Stress, als wenn sie nicht geflügelt worden wäre. Das ist absolut keine Tierquälerei.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Soweit auch hier eine Kurzintervention und die Entgegnung darauf. Vielen Dank. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Rohwedder.

**Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne! Ich vermute, um diese Tageszeit sind relativ viele Zuschauer im Stream, weil das Thema sehr viele Menschen interessiert.

(Unruhe)

Jetzt endlich liegt dieses neue Landesjagdgesetz mit ökologischem Anspruch in seiner endgültigen Fassung vor. Das war eine schwere Geburt. Die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes hatten wir im Plenum und im Ausschuss schon debattiert. Das will ich hier nicht wiederholen.

Die Partizipationsmöglichkeiten für die Betroffenen, die Naturschutzorganisationen und den Landesjagdverband, hatten wir schon begrüßt. Die Naturschutzorganisationen haben das Gesetz als für sie tragfähigen Kompromiss bezeichnet. Dem Landesjagdverband ist man auf den letzten Metern unter anderem dadurch entgegengekommen, dass man auf die Wiedereinführung der sinnfreien Jagdsteuer verzichtet.

Für uns überwiegen nun klar die positiven Aspekte. Die lange Entwicklung und die letzten Änderungen ganz zum Schluss zeigten, die Regierungsfaktionen waren Argumenten und vielleicht auch öffentlichem Druck zugänglich. Ich schließe mich der Meinung von BUND und NABU an, dass wir am Ende gute Kompromisse finden konnten.

Es ging nie um ein Jagdverbot, sondern um die Anpassung eines antiquierten Jagdrechts an die Anforderungen der heutigen Gesellschaft. Auch die Jagdzeitenverordnung wird mit angepasst.

Der CDU- und der FDP-Antrag laufen im Wesentlichen auf die Beibehaltung der bisherigen Regelung

hinaus. Das ist insgesamt nicht zustimmungsfähig. Deshalb behandle ich das hier nicht im Detail.

Unglaublich finde ich die Art und Weise, wie die letzten Änderungsanträge auf den letzten Drücker eingebracht wurden. Vor einer Woche tagte der zuständige Ausschuss. Die Änderungen waren von den Verantwortlichen beschlossen. Sie wurden dem Ausschuss nicht vorgelegt –

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

nicht von sich aus, wie es sich bei fertigen Änderungsanträgen gehört hätte, nicht auf Nachfrage. Man verweigerte dem Ausschuss sogar stichwortartige Hinweise darauf, worum es denn nun gehen solle. Dies geschah nicht nur dem Ausschuss, sondern auch allen anderen Beteiligten und der gesamten Öffentlichkeit gegenüber.

Das ist eine Vorgehensweise, die man sonst nur kennt, wenn irgendwelche Schabigkeiten durchgeprügelt werden sollen. Hier allerdings ging es um tatsächliche Verbesserungsversuche wie den Verzicht auf die Wiedereinführung der Jagdsteuer, wie wir jetzt erfahren. Es ist also nichts Schabiges, sondern eine tatsächliche weitere Verbesserung gegenüber den vorherigen Versionen. Umso unverständlicher ist dann aber diese Vorgehensweise, die einem überwiegend gelungenen Gesetz genauso wenig gerecht wird wie der vorher stattgefundenen offenen Diskussion mit allen Beteiligten. Im Sport gäbe es jetzt massive Abzüge in der B-Note.

Sie schulden uns allen – dem Ausschuss, dem Plenum, den Beteiligten und Betroffenen, der gesamten Öffentlichkeit – eine Erklärung. Wie bringen Sie das mit dem von Ihnen immer wieder versprochenen Mehr an Offenheit, Transparenz und Bürgerbeteiligung in Einklang? Sie hatten doch gute Ansätze am Anfang des Gesetzgebungsprozesses gezeigt. Warum musste das zum Schluss zunichte gemacht werden?

Im Ausschuss hatten wir uns noch der Stimme enthalten, weil uns fertige Änderungsanträge vorenthalten wurden. Nun werden wir auch den Änderungen zustimmen, weil sie für uns weitere Verbesserungen bringen. Wir stimmen aber nur den Inhalten zu, nicht der Vorgehensweise,

(Beifall von den PIRATEN)

die zum Schluss noch völlig unnötig einiges Vertrauen in Ihre Fähigkeiten zu einer offenen demokratischen Kultur gekostet hat. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel.

**Johannes Remmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat liegen sehr ereignisreiche Monate hinter uns. In dieser Debatte ist förmlich zu spüren, dass der Pulverdampf noch nicht verraucht ist.

Auf der einen Seite war die Mobilisierung der Jägerinnen und Jäger in Düsseldorf in der Tat respekt-einflößend und beeindruckend. Das war sie aber auch in vielen Veranstaltungen und Aktionen vor Ort. Auf der anderen Seite gab es genauso einen enormen Zuspruch von Menschen aus allen Teilen des Landes, aus Städten und ländlichen Regionen, von Waldfreundinnen und -freunden, von Naturfreunden, von Tierschützerinnen und Tierschützern, eigentlich aus allen Bevölkerungsgruppen. Sie sagen: Es ist gut, dass etwas passiert. Wir wollen eigentlich noch etwas mehr.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben eben deutlich gemacht, es geht Ihnen an dieser Stelle um den ländlichen Raum. Aber eines möchte ich zurückweisen. Sie zeichnen ein Bild des ländlichen Raums, den es in Nordrhein-Westfalen längst nicht mehr gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist ein Bild unserer Heimat, bei dem man sozusagen unter dem in Öl gemalten röhrenden Hirsch im Biedermeierwohnzimmer sitzt.

(Zurufe von der CDU)

Das ist nicht das Bild des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Klaus Kaiser [CDU]: Frechheit! – Weitere Zurufe von der CDU)

Der ländliche Raum in Nordrhein-Westfalen ist vielfältig, modern, bringt zukunftsweisende Traditionen in die Zukunft

(Zuruf von der FDP: Die Frage ist, wer hier die Klischeevorstellungen hat! Das sind doch Sie!)

und ist strukturbildend für das ganze Land.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was der ländliche Raum braucht, sind schnelle Internetverbindungen.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Unruhe)

Sie haben es fünf Jahre nicht geschafft, das hinzubekommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Wir müssen das in Nordrhein-Westfalen aufholen, was Sie nicht hinbekommen haben. Das sind die eigentlichen Fragen, die diskutiert werden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Erneut Zurufe von der CDU und der FDP – Unruhe und Glocke)

Es geht um die Fragen, die Sie in den Mittelpunkt stellen, und um die Bilder, die Sie zeichnen. Sie verzerren den ländlichen Raum. Das ist das Thema.

(Beifall von den GRÜNEN – Fortgesetzt Zurufe von der CDU und der FDP)

Es ist in der Sache „ökologisches Jagdgesetz“ sicherlich nicht übertrieben, wenn ich sage, dass das Thema „Jagdrecht“ Meinungen neu gebildet hat, manche Menschen zusammengeführt und andere getrennt hat. Dabei hätte es anders sein können. Wir hatten einen zweijährigen Vorlauf mit allen Beteiligten gehabt, wir haben mit den Jägerinnen und Jägern, den Tierschützern, den Umweltschützern und den Naturschützern intensiv diskutiert. In 80 % der Sachverhalte, die jetzt zur Diskussion und zur Abstimmung stehen, waren wir uns einig.

Dieser Dialog, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte auch in einer Novelle des Jagdrechtes zu einem guten Gesamtbild zusammengeführt werden können, wenn denn daran ein Interesse bestanden hätte. Aber offensichtlich gab es nicht dieses Interesse, ein gemeinsames Jagdrecht zu verabschieden.

Klar ist – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen –: Jägerinnen und Jäger leisten in diesem Land durch ihre Hege Bedeutendes.

(Zuruf von der FDP: Ah!)

Meistens machen sie das ehrenamtlich und sehr engagiert. Jägerinnen und Jäger haben eine gute Ausbildung, wenn es darum geht, einen Jagdschein zu erwerben. Sie lernen dort sehr viel mehr als andere über Naturzusammenhänge.

(Anhaltende Unruhe)

Jägerinnen und Jäger sind eigentlich die natürlichen Partner des Naturschutzes.

(Lachen bei der FDP)

Es hätte so schön sein können, sage ich noch einmal, wenn dieser Dialog, dieses zarte Pflänzlein, das gut gewachsen war, zur Ausprägung hätte kommen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber es ist so, wie es ist: Am Ende entscheidet das Parlament. Ich habe zumindest die Hoffnung, dass, wie in vielen anderen Fällen auch, nach einer solchen Entscheidung der Pulverdampf verraucht und wir zum Tagesgeschäft und zur Ausgestaltung übergehen können. Das ist nämlich notwendig. Ein solches Gesetz muss gelebt werden. In anderen Fällen hat das auch geklappt.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister, Entschuldigung, darf ich Sie unterbrechen?

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Wir haben in Nordrhein-Westfalen damit ein modernes ökologisches Jagdrecht. Wir setzen damit ein Signal über unser Bundesland hinaus – mehr Tierschutz, mehr Naturschutz und vor allen Dingen einen Waldschutz in unseren ländlichen Regionen.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister Rimmel ...

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Tierschutz verbessern, Artenschutz stärken, Wald vor Wild sichern, das sind die Hauptantriebsfedern dieser Gesetzesnovelle.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Herr Minister Rimmel, Entschuldigung, dass ich Sie jetzt erfolgreich unterbreche. Herr Kollege Schemmer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Bitte.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Minister, Sie sprachen gerade an, welche Fähigkeiten jemand haben muss, sich erarbeiten muss, um einen Jagdschein zu erlangen. Wenn man sich das neue Jagdgesetz ansieht, stellt sich da nicht die Frage, um zu beurteilen, wie Natur funktioniert, ob es nicht sinnig gewesen wäre, wenn die beiden regierungstragenden Fraktionen erst eine Jagdscheinausbildung gemacht hätten, um das dann auch qualifiziert beurteilen zu können.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Genau)

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe die Diskussion, Herr Schemmer, bei allen Beteiligten, insbesondere auch bei denen aus den Regierungsfractionen, so wahrgenommen, dass es ein sehr intensives Interesse gab, sich mit der Sache auseinanderzusetzen, und eine hohe Fachlichkeit in der Diskussion. In manchen Fragen gibt es einfach unterschiedliche Meinungen. Da muss man sich entscheiden. Dafür ist das Parlament da. Das müssen Sie heute mit der Entscheidung über diesen Gesetzentwurf auch tun.

Eine Feststellung allerdings möchte ich gerne aus vielen Diskussionen wiedergeben, wenn dann ein-

mal der laute Protest etwas leiser geworden ist. Wenn ich die Jägerinnen und Jäger vor Ort gefragt habe, was das ist, was sie betrifft, wo sie Sorge haben, etwas morgen oder übermorgen nicht mehr anders machen zu können. Meistens kam da gar nichts oder ganz wenig. Offensichtlich ist da viel in Sachen Emotionen und Kampagne organisiert worden.

Der eigentliche Kern reduziert sich dann auf eine Jagdstrecke, die um gut 1 % minimiert wird. Das ist das Ergebnis bei gut 1 Million Tiere, die in Nordrhein-Westfalen jährlich geschossen werden. 1 % der Jagdstrecke ist tatsächlich betroffen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, an der Stelle ist es wohl auch nötig, darauf hinzuweisen, die Kirche im Dorf zu lassen.

Wir haben jetzt ein ökologisches Jagdgesetz mit veränderten Bedingungen bei der Liste der jagdbaren Arten. Wir haben eine stärkere Vermeidung von Wildschäden. Wir haben eine klare Fokussierung auf konkrete Jagdwecke, weil im Grundgesetz zum Tierschutzrecht vorgegeben ist, dass Tiere nicht ohne Grund getötet werden dürfen. Das muss sich auch in einem Jagdrecht Nordrhein-Westfalens abbilden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an anderer Stelle brauchen wir – ich sage das hier noch einmal – mehr Jagd, wenn es um den hohen Bestand an Schalenwild und Schwarzwild in Nordrhein-Westfalen und der Biodiversität in unseren Wäldern geht. Auch das ist Gegenstand der Debatte und verkennt völlig den Kern, wenn es entsprechend angegriffen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hat Umfragen gegeben über die Einstellung zur Jagd in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.

**Präsidentin Carina Gödecke:** Die Redezeit ist bereits überzogen.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Einerseits ergab sich eine große Verankerung, andererseits aber auch eine überdeutliche Kritik, wenn es um bestimmte Praktiken geht, die es zu verändern gilt. Das wird mit diesem Gesetz zusammengeführt. Ich hoffe, dass es fruchtbare Diskussionen und Entwicklungen aufgrund des neuen Gesetzes gibt. – Herzlichen Dank für die Beratungen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Der Minister hat die Redezeit der Landesregierung um zwei Minuten und 21 Sekunden überzogen. Die Zeit steht natürlich den Fraktionen zur Verfügung. Deshalb frage ich, ob es weitere Wortmeldungen gibt.

(Anhaltende Unruhe)

Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt, und wir kommen zum Abstimmungsprozedere.

Wir haben eine ganze Reihe von Abstimmungen durchzuführen, unter anderem auch eine namentliche Abstimmung.

Es geht um den Gesetzentwurf Drucksache 16/7383. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 16/8465, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Wir kommen zur ersten Abstimmung. Das ist die Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/8544**. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Wir kommen zur zweiten Abstimmung, ebenfalls über einen Änderungsantrag, den **Änderungsantrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/8545**. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ein Teil der Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Zwei Stimmenthaltungen bei den Piraten. Damit ist der Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, der über den **Gesetzentwurf Drucksache 16/7383 unter Berücksichtigung der eben vorgenommenen Änderungen**.

Sie wissen alle, dass die Fraktionen von CDU und FDP gemäß § 44 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung** zu dem Gesetzentwurf beantragt haben.

Sie wissen weiterhin, dass nach § 44 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten erfolgt. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Wir haben heute Mittag gemeinsam erlebt, dass der Geräuschpegel im Plenum nicht zu hoch werden darf. Ich darf alle, die namentlich aufgerufen werden, bitten, laut und, wenn es geht, sehr deutlich zu sagen, ob sie mit Ja, Nein oder Enthaltung abstimmen. Das erleichtert vor allen Dingen den Schriftführerinnen und Schriftführern die Arbeit.

Frau Korte beginnt nun mit dem Namensaufruf.

(Der Namensaufruf erfolgt. [Abstimmungsliste siehe Anlage 3])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde gleich die Frage stellen, ob noch Kolleginnen und Kollegen im Raum sind, die noch nicht abgestimmt haben.

Die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne möchte ich vorher bitten, auf der Tribüne Platz zu nehmen, denn weder das Stehen noch das Hineinrufen in den Plenarsaal entsprechen der Hausordnung. Darauf sind Sie, glaube ich, auch vorbereitend hingewiesen worden.

Ich frage also, ob noch Kolleginnen und Kollegen den Raum betreten haben, die ihre Stimme noch nicht haben abgeben können. – Unserer Beobachtung nach ist das nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die namentliche Abstimmung, und die Schriftführerinnen und Schriftführer zählen aus. Solange warten wir hier.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Anschluss zu diesem Tagesordnungspunkt weitere Abstimmungen durchzuführen. Wenn Sie den Raum verlassen, entfernen Sie nicht ganz so weit, denn es geht gleich weiter.

(Die Auszählung erfolgt.)

Darf ich Sie auf der Zuschauertribüne noch einmal bitten, Platz zu nehmen. Es gibt Regeln im Haus, die nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Besucherinnen und Besucher im Plenarsaal gelten.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Abstimmungsergebnis ist festgestellt. Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme haben abgegeben: 226 Abgeordnete. Mit Ja haben gestimmt: 137 Abgeordnete. Mit Nein haben gestimmt: 86 Abgeordnete. Drei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7383 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in der zweiten Lesung angenommen und verabschiedet**.

Wir stimmen viertens ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8561. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und eine Stimme bei den Piraten. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und viele Stimmen bei den Piraten. Ich frage noch nach den Enthaltungen. – Eine Enthaltung bei den Piraten. Dann ist mit dem soeben festgestellten Abstimmungsergebnis der **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 16/8561 abgelehnt**.

Wir kommen fünftens zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8562. Wer

möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Eine Stimmenthaltung bei den Piraten. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Entschließungsantrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 16/8562 angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf einer Verordnung über die Jagdzeiten, Landesjagdzeitenverordnung, Vorlage 16/2500. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in Drucksache 16/8466, das Einvernehmen zur Verordnung über die Jagdzeiten Vorlage 16/2500 herzustellen.

Wir stimmen sechstens ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 16/8546. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ein Teil der Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Drei Stimmenthaltungen bei den Piraten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 16/8546** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Wir kommen siebtens zur Abstimmung über die Herstellung des Einvernehmens zu der Verordnung Vorlage 16/2500 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderung. Wer das Einvernehmen bekunden möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen und ein Teil der Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – CDU, FDP und eine Neinstimme bei den Piraten. Wer enthält sich der Stimme? – Drei Enthaltungen bei den Piraten. Damit ist das **Einvernehmen zur Verordnung Vorlage 16/2500 in der geänderten Fassung** mit dem soeben festgestellten Abstimmungsverhalten **hergestellt** worden.

Damit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 11, den ich damit schließe.

Ich rufe auf:

## 12 Photovoltaik ermöglichen – Inanspruchnahme der Kulturlandschaft vermeiden

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8295

Ich eröffne die Aussprache. Als Redner für die antragstellende Fraktion hat Herr Kollege Fehring das Wort.

(Unruhe)

Wahrscheinlich wird der Plenarsaal gleich etwas leerer sein. Wenn Sie das Redepult erreicht haben, wird also etwas Ruhe eingekehrt sein.